

Beschluss des Beirates Hemelingen, öffentliche Beiratssitzung am 07.April 2011

Kein Marsch rechtsradikaler Parteien durch das Beiratsgebiet Hemelings

Der Beirat Hemelingen wendet sich entschieden gegen den geplanten Aufmarsch rechtsradikaler Parteien am 1. Mai 2011. Das Stadtamt wird aufgefordert, diese Veranstaltung gerichtsfest zu verbieten.

Der Beirat lehnt eine eventuelle Streckenführung durch das Beiratsgebiet Hemelingen ab.

Der Beirat bekräftigt seinen Beschluss vom 05. Oktober 2000, in dem er forderte, dass Rechtsradikalen Parteien, Vereinen und Organisationen in Hemelingen keine öffentlichen Straßen oder Plätze als Forum für ihre Hasspropaganda zur Verfügung gestellt werden, um nicht das jahrzehntelange nachhaltige Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer, Muttersprachen und Religionen in unserem Stadtteil empfindlich zu schädigen.

Seit vielen Jahren arbeiten Hemelingerinnen und Hemelinger für ein Klima der Toleranz und gegenseitigen Achtung. Der Beirat weist jede Form von Volksverhetzung, antimuslimischen und antisemitischen Angriffen zurück. Das konfliktfreie Zusammenleben von Kulturen, Sprach- und Religionsgemeinschaften im Stadtteil ist und bleibt das Ziel aller demokratischen Kräfte in unserem Stadtteil. Die in diesem Zusammenhang gemachten positiven Erfahrungen in Kindergärten, Schulen, Freizeitheimen und in der Nachbarschaft lassen wir uns nicht nehmen.

Die Perspektivlosigkeit vieler Erwerbsloser und Jugendlicher darf nicht dazu führen, zu Hass und Diskriminierung gegenüber Teilen unserer Wohnbevölkerung aufzurufen. Neonazifaschistischen Parteien, Vereinen oder Organisationen sollen keine öffentlichen Einrichtungen, Straßen oder Plätze als Forum für ihre menschenverachtende Hasspropaganda zur Verfügung gestellt werden.

Es gilt, den Neonazis ein buntes vielfältiges Hemelingen entgegenzusetzen, das die gesamte Kreativität und Vielfalt des Stadtteils widerspiegelt.

Der Beirat fordert alle Hemelingerinnen und Hemelinger auf, sich dem beabsichtigten Aufmarsch der rechtsradikalen Parteien mit allen gewaltfreien demokratischen Mitteln entgegenzustellen.